
Piraten-AL zahlt 17 900 Euro zurück

Ratsfraktion benötigte im vergangenen Jahr nur 73,5 Prozent der städtischen Zuweisungen. Auch die CDU schöpfte den Etat nicht voll aus

Sie haben es schon wieder getan: Die Ratsfraktion Piraten-Alternative Liste (AL) erstattet fürs vergangene Jahr einen erklecklichen Teil ihrer finanziellen Zuweisungen an die Stadt zurück - so wie es bereits 2014 und 2015 geschehen ist. Konkret: Kämmerer Klee darf sich über eine Rücküberweisung von 17 900 Euro und 18 Cent freuen.

Das heißt, dass die dreiköpfige Fraktion 26,5 Prozent der ihr für 2016 zustehenden Summe von 67 656,25 Euro nicht ausgegeben hat. „Wir haben sparsam gewirtschaftet“, sagt Andreas Prennig, Fraktions-Chef von Piraten-AL. Das war auch in den Vorjahren der Fall: 2015 flossen 18 682 Euro an die Stadt zurück, für die sechs Monate nach der Kommunalwahl 2014 waren es 11 533,94 Euro.

Ein Blick auf die Jahresabschlüsse der anderen drei Ratsparteien zeigt, dass neben Piraten-AL nur CDU und FDP die ihnen für die politische Arbeit je nach Zahl der Ratsmitglieder zustehenden Mittel nicht komplett ausgegeben haben - so wie schon 2015. Die 15-köpfige CDU-Fraktion zahlte im vergangenen Jahr 11 357,59 von 209 281,21 Euro zurück (2015: 11 533,94 Euro), die zweiköpfige FDP-Ratsgruppe 105,46 von 45 104,15 Euro (68,08 Euro).

Stadtsprecher Christoph Hüsken weist gegenüber der WAZ ausdrücklich darauf hin, dass den Ratsparteien die finanziellen Zuwendungen für die Geschäftsbedürfnisse laut der Gemeindeordnung zustünden (siehe Kasten). Und es sei ja auch nicht auszuschließen, dass Parteien zusätzliche Mittel in die Ratsarbeit investierten.

CDU-Fraktions-Chef Markus Schlüter betont, dass Ratsparteien in einigen anderen Städten deutlich mehr Geld überwiesen werde als in Herne. Trotzdem stellt der seit 23 Jahren dem Rat angehörende Politiker fest: „Wir bewegen uns in einem gesunden Mittelfeld. Die Zuwendungen sind in Herne auskömmlich.“ Die hohen Rückerstattungen der Union in 2015 und 2016 seien zu großen Teilen auf Einsparungen im Personalbereich - unter anderem durch den längeren Ausfall einer kranken Mitarbeiterin - zurückzuführen, so Schlüter.

Kopierer für 5400 Euro gekauft

Auch wenn andere Ratsparteien öffentliche Kritik an der Piraten-AL-Fraktion vermeiden: Das eiserne Sparen des politischen Konkurrenten wird nach WAZ-Informationen nicht gerne gesehen, weil Bürger im Umkehrschluss anderen Fraktionen und Gruppen vorhalten könnten, das Geld mit (zu) vollen Händen auszugeben. Ein solches Urteil maße er sich nicht an, erklärt Pirat Prennig. „Wir können nur für uns sprechen.“

Und vielleicht kann ja dieser Hinweis die Wut der (heimlichen) Kritiker etwas lindern: Die Unterschiede zwischen Piraten-AL und den Mitbewerbern im Rat werden 2017 wohl nicht mehr so deutlich ausfallen wie in den Jahren 2014 bis 2016.

„Wir haben uns einen neuen Kopierer für 5400 Euro anschaffen müssen“, sagt Andreas Prennig. Das bisherige Prinzip, auf gebrauchte Geräte zu setzen, habe sich angesichts des hohen Reparaturaufwands nicht bewährt.

Angaben werden kaum kontrolliert

Eine „echte“ Kontrolle der Ausgaben findet nicht statt. Nach Ablauf eines Jahres müssen die Ratsparteien der Stadt ihre „wesentlichen“ Ausgaben nur summarisch übermitteln - gegliedert in neun Kategorien.

Die Kategorien: Personalkosten, Bürokosten (laufende), Bürokosten (Inventar), Reisekosten, Fachliteratur, Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildung, Beiträge für kommunalpolitische Vereinigungen sowie Erstattungen. Die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für die einzelnen Stadtverordneten werden nicht aus diesem Topf bestritten.

Beanstandungen durch die Stadt hat es in den vergangenen Jahren nicht gegeben. Rein theoretisch könnte die Gemeindeprüfungsanstalt Ausgaben der Ratsparteien unter die Lupe nehmen. Bei der CDU sei dies in den vergangenen 23 Jahren nicht der Fall gewesen, sagt Fraktions-Chef Markus Schlüter. [loc]